



## Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW

zum Antrag der Fraktion der FDP „**Umfassendes Meldewesen von Gewaltvorfällen an Schulen einführen**“

Drucksache 18/5338

**Der Landtag wolle beschließen:**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass körperliche oder seelische Gewalt in keinem Bereich der Gesellschaft toleriert werden können; dies gilt besonders für Schulen. Wir wissen, dass unsere Schulen nach Art und Schwere des Zwischenfalls darauf angemessen reagieren. Diese Reaktion reicht von einer pädagogischen Einflussnahme bis hin zur sofortigen Einschaltung der Polizei. Intensive Präventionsarbeit gegen Gewalt findet in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern, den Trägern der Jugendhilfe, den zuständigen Behörden und dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein statt.

Der Landtag spricht sich dafür aus, unter Beteiligung der Elternvertretungen ein landesweites Verfahren zu entwickeln und dabei die Erfahrungen anderer Bundesländer einzubeziehen, mit dem Straftaten gegen Mitschüler, gegen Lehrkräfte oder gegen sonstige Personen an den einzelnen Schulen in der Unterrichtszeit ebenso dokumentiert werden wie der Umgang der Schule damit.

Kai Vogel  
und Fraktion

Anke Erdmann  
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering  
und die Abgeordneten des  
SSW